



Sparpaket bzw. Stabilitätspaket 2012 – 2016

Doppelbelastungen für PostbeamtInnen verhindert

Der ÖGB und die Arbeiterkammer haben im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen versucht, dass die ArbeitnehmerInnen bei diesem Sparpaket nicht ungerecht und übermäßig zur Budgetsanierung herangezogen werden.

Auch die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten hat immer wieder gefordert, dass die Besserverdiener und die Reichen dieses Landes, denen das tägliche Leben finanziell weniger Sorgen bereitet, prozentuell mehr zahlen sollen.

Speziell bei den BeamtInnen bei der Post drohte eine doppelte und daher ungerechte Belastung (Biennalsprünge, Arbeitsplatzsicherungsbeitrag usw.).

Hier ist es der GÖD und der Postgewerkschaft sozusagen in letzter Sekunde gelungen, dass es zu keinem Wegfall eines Biennalsprunges (für die Betroffenen teuer und nachhaltig) und zu keiner Einführung eines Arbeitsplatzsicherungsbeitrages kommt. Auch die zwischen Bund und GÖD vereinbarte Nulllohnrunde gilt nicht für uns Postbedienstete, da wir wie vereinbart als Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten mit unserem Postvorstand die Gehälter gesondert verhandeln.

Da die meisten Sparmaßnahmen Bevölkerungsschichten mit sehr hohem Einkommen treffen, sind wir PostlerInnen aufgrund unseres Durchschnittseinkommens und aufgrund des sozialen Gedankens des Pakets, vom Großteil verschont geblieben.

Leider wurde eine Maßnahme, die auch die GPF am letzten Gewerkschaftstag gefordert hat, nicht umgesetzt und zwar: Eine Vermögensteuer von 1% für Reiche mit mehr als 1 Million Euro. Fast 90% der Bevölkerung wären davon ausgenommen, weil sie nur 10% vom Gesamtvolumen (Grund, Immobilien und Geld) besitzen.

Das gesamte Spar- bzw. Stabilitätspaket 2012 – 2016 können Sie unter www.gpf.at nachlesen.

Erfolgreiche Arbeitsstiftung für ehemalige PostmitarbeiterInnen auch für 2012 erreicht:

In diesen Tagen wurde die Unternehmensarbeitsstiftung der Post AG für 2012 mit dem WAFF (Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds) und dem AMS einerseits und der Postgewerkschaft und Österreichischen Post AG andererseits wieder erfolgreich abgeschlossen. Diese Postarbeitsstiftung ermöglicht jenen MitarbeiterInnen, die mit dem Sozialplan aus dem Unternehmen ausgeschieden sind, eine qualifizierte und arbeitsmarktgerechte Umschulung. Auf Grund genauer Recherchen werden die Interessen und Fähigkeiten der Betroffenen in den ersten Wochen (Orientierungsphase) eruiert und mit den Chancen am Arbeitsmarkt verglichen. Diese Maßnahme ermöglicht eine Erfolgsquote von über 70% erfolgreicher Wiedereingliederungen in den Arbeitsmarkt. So schmerzhaft für die Betroffenen und für die Gewerkschaft jeder Arbeitsplatzverlust ist, umso erfreulicher sind die Erfolge beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt mittels Umschulungen in der Unternehmensarbeitsstiftung .

Seit 2005 wurden knapp 800 MitarbeiterInnen in der Arbeitsstiftung betreut und umgeschult. Die Umschulung erfasst jede Art von Ausbildung und zwar von einer Lehre bis hin zu universitären Lehrgängen je nach Interesse und Fähigkeiten des Einzelnen. Die durchschnittliche Umschuldungsdauer aller TeilnehmerInnen lag zwischen 1,5 und 2 Jahren. Die vorgegebene Obergrenze der Umschulung beträgt 4 Jahre. In dieser Zeit erhalten die MitarbeiterInnen das Arbeitslosengeld und zusätzlich monatlich 200 Euro ausbildungsbedingte Zuschussleistung von der Unternehmensarbeitsstiftung.

Die hohe Erfolgsquote von 70% freut uns, weil dadurch alle vom Personalabbau betroffenen MitarbeiterInnen eine faire, nachhaltige Chance und Hilfe für ihr weiteres Arbeitsleben erhalten. Ansprechpartner im Unternehmen sind das jeweilige Personalamt in den Regionen und in der Zentrale Hr. Dr. Müller bzw. die Personalvertretungen vor Ort sowie die Personalausschüsse und der Zentralausschuss.

Ernennungstermin von 2011 endlich erfolgreich abgeschlossen und für 2012 einen neuerlichen beim Generaldirektor eingefordert:

Nach langwierigen Verhandlungen konnte der Ernennungstermin 2011 in diesen Tagen erfolgreich abgeschlossen werden, da die Betroffenen den langersehten Ernennungsbescheid in den letzten Tagen erhalten haben. Dafür hat Vorsitzender Helmut Köstinger mehrmals beim Personalchef der Post, bei Generaldirektor Dr. Pözl, im Finanzministerium und beim Bundespräsidenten persönlich interveniert um die Ernennungen mit fundierten Argumenten voranzutreiben. Da das Ernennungsthema nie erledigt sein wird und bereits die nächsten bzw. die von der Liste gestrichenen MitarbeiterInnen auf ihre Ernennung warten, hat Vorsitzender Köstinger am 19. Jänner 2012 folgendes Email an GD Dr. Pözl abgefertigt:

Sehr geehrter Herr Generaldirektor!

Nachdem es mehr als eineinhalb Jahre (Juli 2010 bis 1/2012) gedauert hat bis der letzte Ernennungstermin nun auch formal erledigt wurde und die Betroffenen in diesen Tagen die lang erhofften Bescheide erhalten werden, ersuche ich um Veranlassung einer MA-Abfrage für die Erfassung aller jener MitarbeiterInnen, welche die Ernennungsvoraussetzungen mit Stichtag 1. Jänner 2012 erbracht haben.

Die betroffenen MitarbeiterInnen haben eine gesetzlich vorgeschriebene langjährige Wartezeit (bis zu 8 Jahre laut BDG notwendig!) und eine erfolgreiche Verwendung an einem höherwertigen Arbeitsplatz bereits absolviert.

Weiters wurden die vorgeschriebenen Dienstprüfungen erfolgreich abgelegt, sodass lediglich der notwendige Formalakt der Ernennung und die damit verbundene gerechte Gehaltsanpassung auf den höherwertigen Arbeitsplatz fehlt.

Die Betroffenen nehmen dafür sehr lange Warte- und Ausbildungszeiten auf sich und sind so wie jeder andere Arbeitnehmer auch persönlich stolz auf ihre Karriere im Unternehmen. Ob der langen zusätzlichen Verzögerungen innerhalb und außerhalb des Unternehmens – zuletzt eineinhalb Jahre - verbunden mit oft ungerechten Streichungen, sind die Betroffenen oftmals sehr enttäuscht und verärgert, weil der persönliche Karriereweg dadurch behindert oder sogar zerstört wird.

Ich ersuche daher, für den bereits anstehenden Ernennungstermin alles in die Wege leiten zu lassen, um auch den BeamtInnen weiterhin einen fairen Karriereweg im Unternehmen zu ermöglichen.

Herzlichen Dank im Voraus für Ihr Verständnis!

Abschließend wünschen die Mitglieder des Zentralausschusses allen Kolleginnen und Kollegen einen schönen Valentinstag!!!